

Außenhandelsvereinigung
des Deutschen Einzelhandels e. V.

Jahresbericht 2011/2012



Der deutsche Einzelhandel handelt weltweit.
Wir bündeln seine Interessen. AVE.

Inhalt

Vorwort	05	AVE im Politikdialog	18
Handelspolitik	07	Beteiligung der AVE an ausgewählten Veranstaltungen im Jahr 2011/2012	20
Handelsschutzmaßnahmen	09	Präsidium, Geschäftsführung und Mitgliedsverbände	21
Zollrecht und Zollpolitik	11	Mitgliedsfirmen	22
Schutz geistigen Eigentums	13	Impressum	23
Umwelt- und Verbraucherangelegenheiten	15		
Soziale und ökologische Verantwortung in der internationalen Lieferkette	16		





Vorwort

AVE-Jahresbericht 2011/2012

Der deutsche Einzelhandel hat die globale Wirtschafts- und Finanzkrise der vergangenen Jahre gut gemeistert. Auch die Schuldenkrise der jüngeren Vergangenheit hat beim deutschen Einzelhandel kaum Spuren hinterlassen.

Leider gilt diese Feststellung nicht für ganz Europa. So verzeichneten Länder mit hoher Erwerbslosigkeit und hohem Staatsdefizit zum Teil erhebliche konjunkturelle Rückschläge, von denen auch der Einzelhandel nicht verschont blieb. Deutschland zeigte sich hingegen erstaunlich robust, wodurch auch der private Konsum beflügelt wurde.

Auch in den wichtigsten Lieferländern des deutschen Einzelhandels hielten sich die konjunkturellen Verwerfungen in Grenzen. So profitierte China von einer verstärkten Binnennachfrage, die durch die ständig wachsende Mittelschicht und Lohnsteigerungen möglich wurde. Gleichzeitig stieg aber auch das Preisniveau mit der Folge, dass China – nach wie vor das wichtigste Lieferland des deutschen Einzelhandels – seine Rolle als Importland Nr. 1 nicht weiter ausbauen konnte. Profiteure dieser Entwicklungen waren einige ASEAN-Länder, die Türkei, aber auch die Länder Osteuropas, die gegenüber den asiatischen Lieferländern vor allem logistische Vorteile bieten. Gleichwohl hat auch Bangladesch seine Position als Lieferland des deutschen Einzelhandels weiter gefestigt.

Allerdings hat das niedrige Preisniveau der aus Bangladesch bezogenen Waren auch seine Schattenseiten: Die Einhaltung von Sozialstandards in der Lieferkette ist nach wie vor ein Problem, das verstärkt angegangen werden muss. Dabei geht es insbesondere um chronisch niedrige Löhne, deren Erhöhung zudem stets von einer entsprechenden Inflationsrate begleitet wird. Gemeinsam mit ihrem europäischen Dachverband, der Foreign Trade Association, wird die AVE im Rahmen der Business Social Compliance Initiative (BSCI) ihre Anstrengungen für eine bessere Einhaltung der Sozialstandards verstärken.

Darüber hinaus wird die AVE sich weiterhin mit Nachdruck dafür einsetzen, dass neue Lösungswege für die WTO-Verhandlungen über eine weitere Liberalisierung des Welthandels beschritten werden und die Verhandlungen bald zu konkreten Ergebnissen kommen. Die derzeitige Verhandlungsblockade beeinträchtigt zwar nicht die Funktionsfähigkeit der WTO, doch verstärkt die derzeitige Situation den Trend, dass die Welthandelspartner sich auf bi- und plurilaterale Abkommen konzentrieren. Gegenüber dem Multilateralismus ist dies nur die zweitbeste Lösung und führt zu einer kaum übersehbaren Vielzahl von Abkommen mit jeweils unterschiedlichen Regelungen.

Neben der internationalen Handelspolitik wird die AVE auch in Zukunft der Nachhaltigkeit in der internationalen Lieferkette besondere Aufmerksamkeit widmen. Außer der Weiterentwicklung der BSCI steht aktuell die Verbesserung der Umweltbedingungen in der Lieferkette auf der Tagesordnung. Gemeinsam mit dem Umweltbundesamt habe einige AVE Mitglieder die Initiative CPI¹ ins Leben gerufen, um den AVE Mitgliedern einen weiteren Baustein für ihre Nachhaltigkeits-Aktivitäten geben zu können.





Dr. Matthias Händle
Präsident



Jan A. Eggert
Hauptgeschäftsführer

¹www.cpi2.org



Handelspolitik

AVE-Mitglieder beziehen ihre Waren aus nahezu allen Ländern der Welt. Hierfür benötigen sie die passenden politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen. Seit fast sechzig Jahren setzt sich die AVE für einen liberalen Welthandel auf multilateraler Ebene ein und – als zweitbeste Lösung – für bilaterale Handelsabkommen.

WTO-Ministerkonferenz – Ergebnisse eher mager

Es gab keine großen Überraschungen auf der 8. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation WTO, die vom 15. bis 17. Dezember 2011 in Genf stattfand: Die Blockade der Doha-Runde konnte nicht gelöst werden. Die Abschlusserklärung des Gipfels enthält lediglich vage Aussagen über grundlegende Ziele und die Feststellung, dass die Verhandlungen sich festgefahren haben. Positiv zu verzeichnen war die Zustimmung zum WTO-Beitritt Russlands nach 18 Jahren schwieriger Verhandlungen.

Die AVE, die in Genf durch Hauptgeschäftsführer Jan Eggert vertreten war, übernahm dort einen aktiven Part und betonte die essentielle Bedeutung des erfolgreichen Abschlusses der laufenden Runde. Für das Jahr 2012 und darüber hinaus sind mehr Ehrgeiz und mehr Verantwortung für einen funktionierenden Welthandel gefordert, um die WTO-Verhandlungen wieder in Gang zu setzen und den Herausforderungen aktiv zu begegnen.

Bilaterale Handelsverhandlungen – ein ambitioniertes Programm

Ungeachtet der stockenden WTO-Gespräche hat die EU bereits 47 präferenzielle Handelsabkommen geschlossen, die Mehrzahl innerhalb der letzten Dekade. Aktuell verhandelt die EU mit 77 weiteren Ländern. Die meisten dieser Abkommen sehen zwar lediglich einseitige Vorteile für kleinere Entwicklungsländer vor, doch strebt die EU auch eine stärkere wirtschaftliche Verflechtung mit bedeutenden Akteuren in der Weltwirtschaft an.

So verhandeln die EU und Indien seit Juni 2007 über den Abschluss eines ehrgeizigen Freihandelsabkommens. In der letzten

Zeit konnten bemerkenswerte Fortschritte erzielt werden. Beide Verhandlungsparteien haben ihren politischen Willen bekräftigt, vor Ende 2012 ein Abkommen zu schließen, das den zollfreien bilateralen Handel mit den meisten Waren vorsieht. Aufgrund des Wachstums der indischen Wirtschaft resultiert aus einem solch umfassenden Abkommen eine Win-Win-Situation sowohl für die EU als auch für Indien. Dies wurde im Rahmen eines Treffens der AVE und dem indischen EU-Botschafter ausdrücklich hervorgehoben.

Die Verhandlungen werden begleitet von indischen Reformmaßnahmen, die auf eine Liberalisierung des heimischen Einzelhandelssektors abzielen. Seit Januar 2012 gestattet es die indische Regierung Einmarkenunternehmen, alle Anteile ihrer indischen Gesellschaft zu halten, wenn diese Waren im Wert von mindestens 30% von kleinen einheimischen Firmen beziehen. Für einige AVE-Mitglieder dürfte sich dies als echter Vorteil erweisen.

Mit ausdrücklicher Unterstützung der AVE befindet sich die EU zurzeit in Verhandlungen mit verschiedenen südostasiatischen Ländern wie Singapur und Malaysia. Die Verhandlungen mit beiden Ländern könnten in 2012 beendet sein, obwohl einige Fragen zu den Themen Finanzdienstleistungen, öffentliches Beschaffungswesen und nicht-tarifäre Handelshemmnisse noch offen sind. Darüber hinaus ist die EU derzeit in laufendem Kontakt mit Vietnam, um bald mit den offiziellen Verhandlungen beginnen zu können. Während eines Besuchs in Hanoi im März 2012 ermutigte AVE-Hauptgeschäftsführer Jan Eggert die vietnamesische Seite, die Gespräche zügig aufzunehmen.

Auch innerhalb Europas gibt es für die EU Prioritäten. Im Dezember 2011 waren die technischen Verhandlungen mit der Ukraine abgeschlossen, doch wurde der Ratifizierungsprozess aufgrund von Meinungsverschiedenheiten über die politische

Situation in der Ukraine zunächst auf Eis gelegt. Ferner strebt die EU eine Intensivierung der Handelsbeziehungen mit den Ländern des Kaukasus und Zentralasiens an. Die EU befürwortet den WTO-Beitritt der früheren Sowjetrepubliken und hat Gespräche über Handelsabkommen mit Armenien, Aserbaidschan und Georgien aufgenommen.

Gute Zusammenarbeit mit der Bundesregierung

Die Zusammenarbeit mit der Bundesregierung, vor allem mit dem für Handelspolitik zuständigen Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, war auch im zurückliegenden Jahr konstruktiv. Dies ist u. a. deshalb wichtig, um den Einfluss Deutschlands in den Brüsseler Gremien zu stärken, was angesichts der in den letzten Jahren stark angestiegenen Zahl der Mitgliedstaaten immer schwieriger geworden ist. Die regelmäßigen Abstimmungsgespräche über allgemeine und spezielle Fragen der Handelspolitik, in denen die Bundesregierung wichtigen Input erhält, tragen maßgeblich hierzu bei.

Erfreulich verlief auch das Gespräch, zu dem Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler das AVE-Präsidium eingeladen hatte. So zeigte der Minister Aufgeschlossenheit gegenüber den Belangen des Handels, dessen gesamtwirtschaftliche Bedeutung er hoch einschätzte. Bedauerlich sei aus seiner Sicht, dass die Globalisierung zunehmend kritisch gesehen werde. Dies mache es erforderlich, die Bedeutung offener Märkte und des freien Handels auch gegenüber der EU-Kommission und dem Europäischen Parlament immer wieder zu unterstreichen.

Handelsbeziehungen Deutschlands zu China

Angesichts der sich abzeichnenden Tendenz der chinesischen Politik, Antidumpingmaßnahmen gegen europäische Industrien auszuweiten, warnt die AVE vor einer Fortsetzung dieses wenig konstruktiven Kurses. In ihrem Positionspapier vom März 2012 spricht sich die AVE denn auch dafür aus, den Einsatz von Handelsschutzmaßnahmen auf Einzelfälle zu beschränken und die entsprechenden Instrumente nicht für politische Zwecke zu missbrauchen. China ist als Lieferland für die AVE-Mitgliedsunternehmen unverzichtbar. Der zielführende Dialog – zum Beispiel in den Bereichen Investitionen und Schutz des geistigen Eigentums – sollte deshalb nicht ohne Not aufs Spiel gesetzt werden.

„Um den Einfluss Deutschlands in den Brüsseler Gremien zu stärken, ist eine konstruktive Zusammenarbeit mit der Bundesregierung unerlässlich.“



Handelsschutzmaßnahmen

Fast alle AVE-Mitgliedsunternehmen setzen auf Importe von Ländern außerhalb Europas. Die Firmen sind deshalb unmittelbar von Antidumpinguntersuchungen der EU-Kommission betroffen, die vielfach mit der Verhängung von Zöllen enden. Vor diesem Hintergrund vertritt die AVE die Interessen ihrer Mitglieder im Verlauf der Untersuchungen, sie leistet individuelle Hilfestellung und berichtet über einzelne Verfahrensschritte. Darüber hinaus betreibt die AVE Lobbyarbeit gegenüber der EU-Kommission und den EU-Mitgliedstaaten mit dem Ziel, die Verhängung von Schutzzöllen zu verhindern. Ferner setzt sich die AVE laufend für eine Verbesserung des derzeitigen Antidumpingsystems hinsichtlich mehr Transparenz und besserer Vorhersehbarkeit ein.

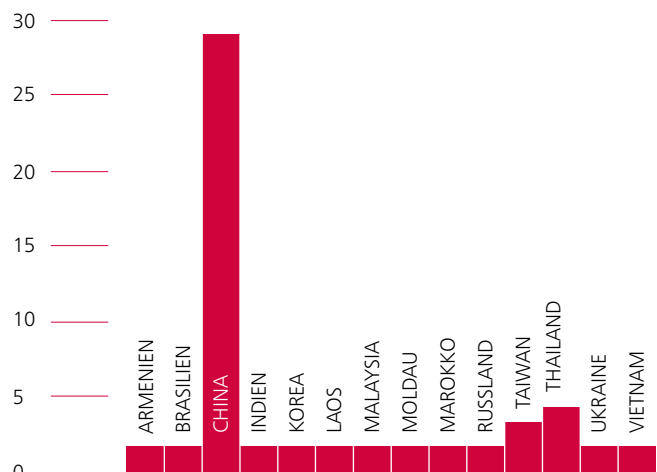
AVE für korrekte Anwendung des Antidumping-Instrumentariums

Nach Auffassung der AVE ist die EU-Antidumping-Verordnung ein legitimes Instrument, um unfairen Handelspraktiken zu begegnen. Ebenso sollte dieses Instrument jedoch ausgewogen und transparent angewandt werden.

Im Berichtszeitraum beteiligte sich die AVE wieder einmal an diversen individuellen Antidumpinguntersuchungen. So machte die AVE zu jedem Verfahrensabschnitt – von der Rechtmäßigkeit der Einleitung eines Verfahrens über die Verhängung vorläufiger Maßnahmen bis hin zu dem Vorschlag, endgültige Zölle zu verhängen – ihren Standpunkt klar. Weiterhin verfolgte die AVE wichtige Entscheidungen der europäischen Gerichte und der WTO. Darüber hinaus leistete die AVE ihren konstruktiven Beitrag zu dem aktuellen Vorhaben der EU-Kommission, das Antidumpingsystem in einigen Punkten zu modernisieren.

So betonte AVE-Hauptgeschäftsführer Jan Eggert anlässlich einer von der EU-Kommission veranstalteten Anhörung, dass die Vorschläge der Kommission eine Reihe positiver Elemente enthielten, die das Verfahren für alle Beteiligten transparenter und vorhersehbarer machten. Allerdings bedauerte die AVE, dass das in den USA seit langem erfolgreich praktizierte Prinzip der „administrative protective order (APO – wörtlich: amtliche Schutzverfügung) von der EU-Kommission nicht in Erwägung gezogen worden sei. Mit Hilfe des APO-Prinzips könnte die vollständige Transparenz und unabhängige Verifizierung einer Untersuchung gewährleistet werden.

Antidumpingzölle pro Land



China bleibt das Hauptziel für Antidumpingmaßnahmen. Die Graphik und auch die im Folgenden näher beschriebenen Einzelfälle machen deutlich, dass die weitaus überwiegende Mehrheit aktueller Maßnahmen im Konsumgütersektor sich gegen China richtet.

Mandarinen in Dosen

Die Zölle auf chinesische Mandarinenimporte wurden zum Ende des Jahres 2008 eingeführt. Nach Auffassung des Generalanwalts beim Europäischen Gerichtshof ist die entsprechende Verordnung jedoch ungültig. Im März 2011 folgte der Gerichtshof der Empfehlung des Generalanwalts und verwies die Angelegenheit an das zuständige deutsche Gericht.

Die AVE wird die weitere Entwicklung aufmerksam verfolgen, da eine Vielzahl ihrer Mitglieder von den Zöllen betroffen ist und die Gründe für die Ungültigkeit viele Aspekte umfassen, die die AVE bereits in der ursprünglichen Untersuchung angesprochen hatte.

Schuhe mit Oberteil aus Leder

Anfang 2011 stand fest, dass die Antidumpingzölle auf Lederschuhe aus China und Vietnam nicht verlängert würden. Die Expertise der AVE während der ursprünglichen Untersuchung hatte bereits dazu geführt, dass die Zölle nur für einen verkürzten Zeitraum von zwei Jahren verhängt wurden. Während der folgenden Überprüfung war es auch der Arbeit der AVE zu verdanken, dass die Zölle um lediglich 15 Monate verlängert wurden. Das Auslaufen der Zölle zum Märzende 2011 war somit wesentlich auf entsprechende Bemühungen der AVE zurückzuführen. Aufgrund der intensiven Einbindung der AVE in den Fall konnten die Mitglieder bereits im Januar 2011 informiert werden.

Im Februar 2012 erklärte der Europäische Gerichtshof die Zölle, die gegen vier chinesische Produzenten verhängt worden waren, für ungültig. Der Gerichtshof begründet dies mit der Tatsache, dass die EU-Kommission den Marktwirtschaftsstatus dieser vier Hersteller nicht explizit berücksichtigt hatte. Dies ist von erheblicher Bedeutung, da die marktwirtschaftliche Behandlung häufig zu wesentlich geringeren Dumpingmargen führt, die vielfach sogar bei null liegen.

Einige betroffene AVE-Mitglieder sind zurzeit dabei, eine Erstattung der zu viel gezahlten Zölle durchzusetzen. Gestützt wird diese Maßnahme durch einen Spruch im Rahmen des WTO-Streitschlichtungsmechanismus, nach dem allen chinesischen Exporteuren eine individuelle Behandlung zugestanden werden sollte.

Keramische Fliesen

Die AVE hatte die Einführung vorläufiger Maßnahmen im April 2011 ebenso kritisiert wie den im Juli 2011 vorgelegten Vorschlag zur Verhängung endgültiger Zölle. Nach Einschätzung der AVE hatte es während der Untersuchung eine Fülle von Ungereimtheiten gegeben, die schließlich zur Annahme der Schädigung der europäischen Industrie durch die gedumpten Importe geführt haben. Ungeachtet dessen wurden im September 2011 endgültige Zölle in einer Höhe zwischen 26,3% und 69,7% für fünf Jahre verhängt. Allerdings waren die Unternehmen be-

reits Monate zuvor gewarnt worden, dass diese Zölle kommen würden. Möglicherweise wird sich der Europäische Gerichtshof auch mit diesem Fall noch befassen.

Fahrräder

Im Oktober 2010 wurden die bereits seit 1993 in Kraft befindlichen Antidumpingzölle auf China-Importe in Höhe von 48,5% um weitere fünf Jahre verlängert. Kein Konsumgut war bisher über einen längeren Zeitraum mit Zöllen belegt. Die EU-Kommission hat jedoch nunmehr von Amts wegen eine Überprüfung eingeleitet, um die Auswirkungen der Zölle zu ermitteln. Dabei wird die Kommission sich auch mit Hinweisen befassen, dass die Zölle durch Verlagerung der Produktion nach Sri Lanka unterlaufen werden.

Bettwäsche

In einem Fall, der beinahe schon in Vergessenheit geraten war, entschied der Europäische Gerichtshof zu Gunsten eines pakistanischen Produzenten und annullierte die Zölle, die auf seine Exporte im Jahr 2004 verhängt worden waren. Das Gericht entschied in einer Sache, für die die EU-Kommission häufig kritisiert wird: Die zu geringe Berücksichtigung so genannter anderer Faktoren, die zu einer Schädigung der europäischen Industrie führen können. Im konkreten Fall war dies die Tatsache, dass Antidumpingzölle auf das gleiche Produkt im Jahr 2002 zurückgenommen wurden, sowie die Gewährung von Zollpräferenzen, durch die die Ware verbilligt wurde. Der Rat der EU hat gegen diese Entscheidung im Dezember Berufung eingelegt.

Verschiedene Waren

Darüber hinaus wurden im Berichtszeitraum auf viele weitere Produkte Antidumpingzölle verhängt: Hebelmechaniken, offemaschige Gewebe aus Glasfasern, rostfreie Befestigungselemente und Ringbuchmechaniken. Die Zölle auf Palettenhubwagen wurden um fünf Jahre verlängert und werden derzeit überprüft.

Überprüfungen hinsichtlich des Auslaufens der Zölle gab es im Fall des Chamoisleders und der Plastikbeutel, eine Umgehungsuntersuchung wurde gegenüber Glasfasergeweben eröffnet. Neue Untersuchungen betrafen Glasfasergewebe, Aluminiumfolie, Aluminium-Radiatoren sowie keramische Haushalts- und Küchenartikel – ausschließlich mit Ursprung in China.

Zollrecht und Zollpolitik

Am 24. Juni 2008 trat nach jahrelangen Vorarbeiten der modernisierte Zollkodex in Kraft. Die Anwendung dieses neuen Regelwerks war spätestens für den 24. Juni 2013 vorgesehen. Bis zu diesem Zeitpunkt, so hoffte die EU-Kommission, würden alle technischen Voraussetzungen gegeben sein, um alle zollrelevanten Vorgänge papierlos abwickeln zu können.

Neuer Zollkodex lässt weiter auf sich warten

Doch weit gefehlt: Bei den Arbeiten zur Durchführungsverordnung, an denen auch die AVE beteiligt war, wurde offensichtlich, dass der Zollkodex aus dem Jahr 2008 und der Entwurf der Durchführungsverordnung nicht mehr zueinander passten. Auch waren nur minimale Fortschritte beim Einsatz moderner Kommunikationssysteme in der Zollverwaltung zu verzeichnen.

Folglich wurde der modernisierte Zollkodex für ungültig erklärt und durch den Zollkodex der EU („Unions-Zollkodex“) ersetzt, der nunmehr auch den Anforderungen des Vertrags von Lissabon entspricht. Ferner wurde der Zollkodex der EU dem geänderten wirtschaftlichen Umfeld angepasst.

Die volle Funktionsfähigkeit des Zollkodex der EU wird für das Jahr 2020 angepeilt. Eine derart lange Implementierungsphase eines Gesetzes hat es auch nach Erinnerung von Experten bisher noch nicht gegeben. Ob Zölle in acht Jahren überhaupt noch eine halbwegs prominente Rolle spielen, kann fraglich sein. Jedenfalls wird die AVE noch genug Gelegenheit haben, die Entwicklung des Kodex kritisch zu begleiten.

Vorschlag für ein neues Schema allgemeiner Zollpräferenzen: Eine klassische Kompromisslösung

Verzögerungen bei der EU-Gesetzgebung sind allerdings nichts Ungewöhnliches. Ursprünglich sollte das neue Präferenzschema bereits ab 1. Januar 2012 angewandt werden, doch hat der zeitaufwändige Meinungsbildungs- und Gesetzgebungsprozess durch die verschiedenen EU-Organen dies verhindert. Nunmehr wurde der 1. Januar 2014 als Anwendungszeitpunkt gesetzlich festgeschrieben. Wir werden sehen.

Die AVE hat ihre Mitglieder über den jeweiligen Diskussionsstand fortlaufend informiert, im Rahmen der Committee Meetings wurden die Ergebnisse diskutiert. Darüber hinaus hat die AVE bei einem von der EU-Kommission veranstalteten Hearing klar ihre Position zu einem neuen allgemeinen Präferenzsystem zum Ausdruck gebracht. Stichworte sind:

- **Bessere Vorhersehbarkeit,**
- **Höhere Transparenz,**
- **Mehr Rechtssicherheit,**
- **Höhere Präferenzmarge,**
- **Gleichstellung des Textil- und Bekleidungssektors mit anderen Sektoren.**

Erfreulicherweise hat die EU-Kommission einige der AVE-Vorschläge aufgegriffen, andere hingegen nicht. So wurde die zu geringe Präferenzmarge ebenso beibehalten wie die Diskriminierung des Textilsektors, für den es noch eine spezielle Schutzklausel gibt. Hiergegen hat die AVE mehrfach opponiert mit dem Hinweis, dass die Bedingungen für eine Sonderbehandlung des Textilsektors schon seit Jahren nicht mehr vorliegen.

Im Europäischen Parlament gab es allerdings Stimmen, denen der Entwurf der EU-Kommission noch zu liberal war. Durchsetzen konnten sich diese Abgeordneten jedoch nicht.

So folgt der jetzt vorliegende Entwurf dem Mainstream, mit dem sich alle Beteiligten mehr oder weniger arrangieren können – ein typisch europäisches Produkt. Vergleicht man diesen Kompromiss jedoch mit den Präferenzsystemen früherer Jahrzehnte, so muss man erfreut konstatieren, dass viele Verbesserungsvorschläge, die die AVE in der Vergangenheit immer wieder gemacht hatte, inzwischen umgesetzt wurden. Gesetzgebungsprozesse brauchen Zeit, Überzeugungen bei Entscheidungsträgern zu ändern ist allerdings noch viel zeitaufwändiger.

Konkrete Hilfestellung im Einzelfall

Potenzielle AVE-Mitglieder sollten wissen, dass die AVE sich nicht nur als die außenwirtschaftspolitische Interessenvertretung des Handels versteht, die die Interessen ihrer Mitglieder bei gesetzgeberischen und handelspolitischen Entscheidungen vertritt. Vielmehr leistet die AVE konkrete Hilfestellung, wenn sich im täglichen Geschäft Fragen oder auch Differenzen mit der Zollverwaltung ergeben. Zwar ist der Zollkodex geltendes Recht in der gesamten Europäischen Union, doch haben die Behörden in den Mitgliedstaaten bisweilen ihre eigenen Vorstellungen, wie die entsprechenden Vorschriften umgesetzt und angewandt werden. Auch in diesen Fällen unterstützt die AVE ihre Mitglieder und hilft, ihnen Zeit- und Kostenaufwand zu vermeiden.



„Die volle Funktionsfähigkeit des Unions-Zollkodex wird für das Jahr 2020 angepeilt. Folglich wird die AVE noch genug Gelegenheit haben, die Entwicklung des Kodex kritisch zu begleiten“

Schutz geistigen Eigentums

Unter den AVE-Mitgliedern befinden sich auch einige Markenartikler, denen besonders am Schutz ihrer geistigen Eigentumsrechte gelegen ist. Auch die Einzelhändler sind sich zunehmend der Konsequenzen bewusst, wenn sie unwissentlich nachgeahmte Waren oder Piratenware verkaufen. Die herrschende Auffassung, dass sich Nachahmungen auf Luxusartikel wie Uhren und Handtaschen beschränken, zählt schon lange nicht mehr.

Heute ist fast kein Produkt mehr vor Nachahmern sicher. Nachgemachte Bremsbeläge, Rauchmelder und Arzneimittel gehören ebenfalls hierzu und gefährden den Konsumenten. Deshalb ist ACTA, das internationale Übereinkommen gegen den Handel mit nachgeahmten Produkten, von erheblichem Interesse auch für die AVE. Dies gilt auch für das Urteil des Europäischen Gerichtshofs in Sachen Philips/Nokia vom 1. Dezember 2011.

ACTA – Das internationale Übereinkommen gegen den Handel mit nachgeahmten Produkten

Im Oktober 2007 nahmen Australien, die EU, Japan, Kanada, Marokko, Mexiko, Neuseeland, die Schweiz, Singapur, Südkorea und die Vereinigten Staaten Verhandlungen auf mit dem Ziel, den Handel mit nachgeahmten Produkten im Wert von etwa 200 Milliarden US\$ einzudämmen. Nach elf Runden und drei Jahre später waren die Verhandlungen abgeschlossen. Das Abkommen umfasst alle Aspekte des geistigen Eigentums, konzentriert sich aber auf Marken- und Copyright-Piraterie. Das Abkommen legt zivil- und strafrechtliche Standards fest, es sieht ferner Grenzkontrollen in den Unterzeichnerstaaten vor.

Den Prinzipien des Abkommens kann nur schwerlich widersprochen werden. Nachgeahmte Waren schädigen die Reputation von AVE-Mitgliedern, gefährden die Verbraucher und hemmen Innovationen. Deshalb unterstützt die AVE ACTA. Allerdings gibt es Zweifel über die Vereinbarkeit von ACTA mit dem rechtlichen Besitzstand in der EU sowie mit der durchaus legitimen Produktion von Generika. Außerdem können unbeteiligte Dritte für Zuwiderhandlungen haftbar gemacht werden. Gleichwohl ist die von den ACTA-Gegnern betriebene Totalopposition wenig hilfreich.

ACTA muss noch vom Europäischen Parlament und den Parlamenten der 27 EU-Mitgliedstaaten angenommen werden. Zusätzlich wird die Vereinbarkeit von ACTA mit den grundlegenden Bürgerrechten und –freiheiten vom Europäischen Gerichtshof geprüft. Es wird deshalb noch einige Zeit brauchen, bevor geklärt ist, ob und in welcher Form ACTA in Kraft tritt.

Die Fälle Philips und Nokia

Wie differenziert das Thema geistige Eigentumsrechte behandelt wird, zeigen die folgenden Beispiele: Eine Sendung von Rasierapparaten aus China, deren Design sich Philips hatte schützen lassen, wurde in Antwerpen beschlagnahmt. Philips beantragte die Zerstörung der Apparate.

In einem ähnlichen Fall hatte ein britisches Gericht darüber zu befinden, wie mit Nokia-Geräten nachgeahmten Mobiltelefonen zu verfahren sei, die aus Hongkong stammten und nach Kolumbien weitergeliefert werden sollten. Der Europäische Gerichtshof entschied schließlich gegen die von Nokia geforderte Zerstörung der Waren, da diese nicht in den Wirtschaftskreislauf der EU gelangt seien und folglich nicht der einschlägigen EU-Verordnung 1383/2003 unterlägen. Wäre der Bestimmungsort der Handys hingegen unklar geblieben oder wären die Geräte gar für den EU-Markt bestimmt gewesen, hätten sie als Piratenware gegolten.



Umwelt- und Verbraucherangelegenheiten

In den letzten Jahrzehnten hat sich die EU zur führenden Kraft weltweit entwickelt, wenn es darum ging, Standards im Umwelt- und Verbraucherschutz zu setzen. Dies beeinflusst auch die Warenströme. So geht es bei der EU-Handelspolitik nicht nur um Handelsverhandlungen sondern zunehmend auch um Themen, die aus anderen Politikfeldern stammen. Für Einzelhändler und Importeure wird die Situation dadurch nicht einfacher.

Biozide – Auswirkungen einer Neuregelung

Im Januar 2012 stimmte das Europäische Parlament einer neuen Biozid-Verordnung zu, die die Verwendung und das Inverkehrbringen von Waren beschränkt, die Biozide enthalten. Die Verordnung, die voraussichtlich zum 1. September 2013 angewandt wird, hat zum Ziel, ein hohes Schutzniveau für die menschliche Gesundheit und die Umwelt zu gewährleisten.

Abweichend von früheren Regelungen umfasst die neue Gesetzgebung auch Importwaren. Importeure müssen sich folglich bewusst sein, mit welchen Bioziden die entsprechenden Waren behandelt wurden. Ferner müssen die Importeure in der Lage sein, auf Verbraucheranfragen nach der Zusammensetzung der Biozide innerhalb von 45 Tagen zu antworten.

Weitere Informationen hierzu werden Leitlinien enthalten, die von der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) veröffentlicht werden. Momentan ist die für Biozide zuständige Abteilung bei ECHA jedoch noch nicht vollständig einsatzbereit, so dass Fragen hinsichtlich Umsetzung von Vorschriften offen bleiben. Um diese Defizite auszuräumen, wird der europäische Dachverband der AVE, die FTA, im September 2012 ein Seminar über Chemikalien veranstalten, in dem es auch um Biozide gehen wird.

Chemikalien – Produktsicherheit und ein Rückblick auf REACH 2011

Verbraucherschutz gewinnt in Europa zunehmend an Bedeutung. So wurden im letzten Jahr Regelungen eingeführt, die sich unmittelbar auf die AVE-Mitgliedsunternehmen auswirken: Cadmium wurde in Schmuck und Kunststoffen verboten, der Phosphatanteil in Haushaltsreinigern wurde weiter begrenzt – nur um zwei Beispiele zu nennen. In diesem Zusammenhang kommt der AVE die Rolle zu, ihre Mitglieder über die Änderungen und ihre Auswirkungen zu informieren und ggfs. Lobbyaktivitäten zu organisieren.

Fünf Jahre nach dem Inkrafttreten von REACH (Registration, Evaluation, Authorisation and Restrictions of Chemical Substances) plant die EU-Kommission eine Revision dieser wegweisenden Gesetzgebung, die im Juni 2012 präsentiert werden soll. Der dazu gehörende umfassende Bericht wird die Erfahrungen aufzeigen, die im Zusammenhang mit REACH gewonnen wurden, ferner soll der Geltungsbereich von REACH genau bestimmt werden, um Überschneidungen mit anderen Teilen der Gesetzgebung zu vermeiden. Die AVE hat wiederholt Anwendungshinweise und Informationsmaterial zu REACH publiziert und auf die Verpflichtungen hingewiesen, die sich aus REACH ergeben. Sie wird dies auch weiterhin tun.

Soziale und ökologische Verantwortung in der internationalen Lieferkette

Für eine Interessenvertretung wie die AVE bedeutet es fast die Quadratur des Kreises, alle Elemente der Nachhaltigkeit – ökonomisch, ökologisch, sozial – berücksichtigen zu wollen. Die Frage, ob Unternehmen soziale und ökologische Verantwortung tragen und nach dem Prinzip der Nachhaltigkeit wirtschaften sollten, ist hingegen längst beantwortet. Kein Unternehmen kann es sich leisten, ohne Rücksicht auf die Einhaltung grundlegender Menschenrechte und anerkannter ökologischer Standards weltweit zu produzieren oder seine Dienstleistungen anzubieten.

Schon aus historischen Gründen steht für die AVE die Verbesserung der Sozialstandards in der internationalen Lieferkette im Vordergrund. Diese Bemühungen sind ein wichtiger Teil der sozialen Dimension der Nachhaltigkeit, die für die AVE bereits im Jahr 2002 mit der Implementierung des AVE-Sektorenmodells Sozialverantwortung begann. Aus dem Sektorenmodell entwickelte sich rasch die Business Social Compliance Initiative (BSCI), die inzwischen weltweit größte privatwirtschaftliche Initiative zur Verbesserung von Sozialstandards mit fast 900 beteiligten Unternehmen. Deutsche Unternehmen machen heute mehr als die Hälfte der Teilnehmer aus.

Deutsche BSCI-Kontaktgruppe in neuer Aufstellung

Für die AVE, die gleichzeitig die Geschäftsführung für die deutsche Kontaktgruppe der BSCI übernommen hatte, bedeutete dies eine beachtliche Herausforderung. Galt es doch, die heterogenen Interessen von mehreren hundert Teilnehmern in angemessener Weise zu berücksichtigen. Dies gelang durch die Bildung von zwei Untergruppen, von denen die eine mehr strategisch/politisch ausgerichtet ist, während die andere das operative Geschäft im Fokus hat. Erste Erfahrungen zeigen, dass diese Aufteilung sinnvoll war, auch wenn die Grenzen zwischen Strategie und operativem Geschäft bisweilen fließend sind.

Öffentlichkeitsarbeit und Stakeholder-Dialog fördern

So wird immer wieder übereinstimmend die Notwendigkeit betont, ein sympathisches und glaubwürdiges Bild der BSCI in

der öffentlichen Wahrnehmung zu zeichnen. Die BSCI arbeitet hieran und möchte insbesondere kritische Nicht-Regierungsorganisationen davon überzeugen, dass die BSCI weit mehr ist als eine reine Auditierungsinitiative. Intensive Trainingsmaßnahmen für BSCI-Teilnehmer und Lieferanten, Sensibilisierung der Lieferanten für die auch unter wirtschaftlichen Aspekten beachtliche Bedeutung einer guten Sozialperformance, die Veranstaltung zahlreicher Runder Tische in den Produktionsländern sowie Gespräche mit potenziellen Partnerinitiativen und Stakeholdern haben dazu beigetragen, die Wirkungskraft der BSCI zu erhöhen und ihre Akzeptanz zu festigen.

Die aktive Rolle der AVE im Rahmen des vor über zehn Jahren vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung initiierten Runden Tisches Verhaltenskodizes, die Mitwirkung der AVE bei der Evaluierung von CSR durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie die aktive Teilnahme von AVE/BSCI an zahlreichen Veranstaltungen zum Thema CSR sind weitere Belege dafür, dass die BSCI sich auch in der nationalen Szene als anerkannter Ansprechpartner und Ideengeber etabliert hat.

Erfreulicherweise zeigt auch die Bundesregierung wieder ein stärkeres Engagement wenn es um die soziale Verantwortung der Unternehmen geht. Anlässlich der vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales veranstalteten Konferenz über gesellschaftliche Verantwortung im internationalen Dialog wurde einmal mehr der CSR-politische Kurs der Bundesregierung deutlich, der CSR zwar hohe Bedeutung beimisst, gleichzeitig jedoch das Prinzip der Freiwilligkeit von CSR postuliert. Dem pflichtet die AVE bei.

Die Carbon Performance Improvement Initiative CPI₂ – Aktiv für die Verringerung von CO₂-Emissionen

Angesichts der zunehmenden Bedrohung der Umwelt insbesondere durch steigende Emissionen an Kohlendioxid (CO₂) wurde unter dem Schirm der AVE die Carbon Performance Improvement Initiative (CPI₂) ins Leben gerufen und Ende Januar 2012 der Öffentlichkeit vorgestellt. Neun große deutsche Handels- und Markenunternehmen haben diese Klimaschutzinitiative gestartet mit dem Ziel, in der weltweiten Lieferkette von Importprodukten jährlich mehrere Millionen Tonnen CO₂ einzusparen. Die Initiative wird vom Umweltbundesamt fachlich begleitet und von der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft DEG finanziell unterstützt.

Erste Tests haben gezeigt, dass es bei den Produzenten in den Lieferländern erhebliche Potenziale gibt, den Energieverbrauch und damit die CO₂-Emissionen zu senken. Auch zeigte sich, dass es den Produzenten häufig am Bewusstsein über einen effizienten Umgang mit Energie mangelt und das Wissen über Möglichkeiten und Wege zur Energieoptimierung wenig ausgeprägt ist. Hier setzt die CPI₂ an, indem sie einen wichtigen Impuls zum Energiesparen gibt und einen gezielten Veränderungsprozess in Gang setzt.

„Schon aus historischen Gründen steht für die AVE die Verbesserung der Sozialstandards in der internationalen Lieferkette im Vordergrund.“



AVE im Politikdialog 2011/2012

Datum	Adressat	Thema
05.04.11	EU-Kommission	Revision des Schemas allgemeiner Zollpräferenzen
14.04.11	Bundesministerium der Finanzen	Kontrolle der Einfuhren bestimmter Kunststoffartikel aus China und Hongkong
17.05.11	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie	Reaktionen der Wirtschaft auf den arabischen Frühling
25.05.11	Bundesministerium der Finanzen	Nachprüfung von Ursprungszeugnissen Form A aus Bangladesch
06.07.11	Bundesministerium der Finanzen	Verfahren zur Überführung von Waren in den zollrechtlich freien Verkehr
17.08.11	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie	Zollkodex-DVO zum nicht-präferenziellen Ursprungsnachweis
08.09.11	Bundesministerium der Finanzen	Einfuhrkontrolle von Robben-erzeugnissen
29.09.11	Handelsminister von Bangladesch	Bilaterale Wirtschaftsbeziehungen, CSR
17.10.11	Bundesministerium der Finanzen	Ursprungszeugnisse Form A aus Bangladesch
28.10.11	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie	Zoll- und Handelspolitik
15.11.11	Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler	Wirtschaftspolitische Querschnittsfragen, CSR

Datum	Adressat	Thema
16.12.11	Leiter der Zoll und Verbrauchsteuerabteilung im Bundesministerium der Finanzen	Zollrecht/Zollpolitik
09.01.12	Verdi	BSCI/CSR in der Lieferkette
20.01.12	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	Europäische Partnerschaftsabkommen
08.02.12	Bundesministerium für Arbeit und Soziales	Evaluierung von CSR
14.03.12	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie	Entwurf des Unions-Zollkodex
10.04.12	Europäisches Parlament	Erhebung von Zusatzzöllen seitens der Türkei
20.04.12	Staatssekretär Gerd Hoofe, Bundesministerium für Arbeit und Soziales	CSR in der Lieferkette
16.05.12	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie	Modernisierung der handelspolitischen Schutzinstrumente
18.05.12	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie	Türkische Schutzmaßnahmen/Behandlung im Marktzugangsausschuss

Beteiligung der AVE an ausgewählten Veranstaltungen im Jahr 2011/2012

Datum	Veranstaltung	Thema
08.04.11	Jahrestagung des Deutschen Netzwerks Wirtschaftsethik, Elmshorn	Sozialstandards im Vergleich
02.05.11	Jahrestagung der ICC Deutschland, Berlin	Internationale Handelspolitik
18.05.11	Brussels Economic Forum	Wirtschaftspolitische Themen
31.05.11	Workshop der EU Kommission, Brüssel	Revision des Schemas allgemeiner Zollpräferenzen
09.06.11	Jahrestagung von Euratex, Brüssel	Die Situation der europäischen Textilindustrie
19. - 20.09.11	Öffentliches Forum der WTO, Genf	Handelspolitische Querschnittsfragen
28.09.11	Aid by Trade Forum, Berlin	Corporate Social Responsibility
06.10.11	BSCI-Konferenz, Brüssel	CSR in der Lieferkette
19.10.11	Workshop der EU-Kommission, Brüssel	Die Situation des Textil- und Bekleidungshandels in Europa
01.11.11	Jahrestagung des Global Social Compliance Programme, San Francisco	CSR in der Lieferkette
02. - 03.11.11	CSR Conference, San Francisco	Corporate Social Responsibility
15.11.11	Deutscher Handelskongress, Berlin	Themen des Einzelhandels
06. - 07.02.12	Congress des Clubs für moderne Markt- Methoden, München	Themen aus Handel und Konsumgüterindustrie
23.03.12	Veranstaltung aus Anlass des 10. Gründungstags des Runden Tisches Verhaltenskodizes, Berlin	Existenzsichernde Löhne
16. - 17.04.12	8. Deutsches CSR-Forum, Stuttgart	Corporate Social Responsibility

Präsidium, Geschäftsführung und Mitgliedsverbände

Präsidium

- Dr. Matthias Händle (Präsident)
HR Group
- Martin Brüning
Rewe Group
- Oliver Klinck
Otto Group
- Jens Rid
Bundesverband des Deutschen Textileinzelhandels
- Thomas Storck
Galeria Kaufhof
- Michael Wiedmann
Metro Group

Geschäftsführung

- Jan A. Eggert
Hauptgeschäftsführer
- Stefan Wengler
Geschäftsführer

Mitgliedsverbände

- BDSE
Bundesverband des
Deutschen Schuheinzelhandels e.V., Köln
- BTE
Bundesverband des
Deutschen Textileinzelhandels e.V., Köln
- BVH
Bundesverband des
Deutschen Versandhandels e.V., Berlin
- HDE
Handelsverband Deutschland - Der Einzelhandel,
Berlin
- DER MITTELSTANDSVERBUND – ZGV e.V.
Berlin/Köln

Mitgliedsfirmen

- adidas
- Anson's Herrenhaus KG
- bonprix Handelsgesellschaft mbH
- E. Breuninger GmbH & Co.
- C&A Mode KG
- Deichmann SE
- Elégance, Rolf Offergelt GmbH
- Esprit Europe GmbH
- Galeria Kaufhof GmbH
- Peter Hahn GmbH
- Heinrich Heine GmbH
- HR Group
- Karstadt Warenhaus GmbH
- Kühne & Nagel International AG
- Lidl
- Madeleine Mode GmbH
- Metro Group
- neckermann.de GmbH
- OBI Bau- und Heimwerkermärkte GmbH & Co.
- Otto Group
- Peek & Cloppenburg KG
- Praktiker Deutschland GmbH
- Puma AG
- real, – SB-Warenhaus GmbH
- REWE Group
- Schwab Versand GmbH
- SportScheck GmbH
- Tchibo GmbH
- Versandhaus Walz GmbH
- Josef Witt GmbH



Impressum

AVE - Außenhandelsvereinigung des Deutschen Einzelhandels e.V.

Jahresbericht 2011/2012

© Außenhandelsvereinigung des Deutschen Einzelhandels e.V., 2012.
Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der AVE.

Mauritiussteinweg 1
D - 50676 Köln

Telefon: 0221 - 92 18 34 0
Telefax: 0221 - 92 18 34 6
E-Mail: info@ave-intl.de
Internet: www.ave-international.de

Hauptstadtrepräsentanz

Am Weidendamm 1A
Haus des Handels
D - 10117 Berlin

Telefon: 030 - 59 00 99 474
Telefax: 030 - 59 00 99 475

Gestaltung, Layout und Satz

Frank W. Koch | Büro für Kommunikation
45481 Mülheim an der Ruhr
www.frankwkoch.de

Druck

Das Druckhaus - Beineke und Dickmanns
41352 Korschenbroich
www.das-druckhaus.de

Fotos

Fotolia



ClimatePartner°
**klimaneutral
gedruckt**
Zertifikatsnummer:
700-53124-0611-1075
www.climatepartner.com

